

ISLAM UND POLITIK IN DER TÜRKEI VON 2008

GÜNTER SEUFERT

© Stiftung Forschungsstelle Schweiz-Türkei und Günter Seufert
Basel, February 2008 - <http://www.sfst.ch>

Auf den ersten Blick liegen in der Türkei heute eine pro-islamische Regierungspartei und ein säkularistischer Staatsapparat miteinander im Streite. Kernpunkte der Auseinandersetzung sind das Kopftuch von Universitätsstudentinnen, die Zulassung von Schülern von Schulen für islamische Prediger zum Universitätsstudium und der obligatorische Religionsunterricht. Bei allen diesen Punkten wird die Regierungspartei beschuldigt, eine schleichende Islamisierung zu verfolgen: einmal durch das verstärkte Sichtbarmachen der Religion im öffentlichen Raum über das Kopftuch, einmal über die Infiltration der hohen Ränge der Bürokratie mit religiös indoktrinierten Predigern und einmal über die Ausweitung der religiösen Erziehung.

Gegen diese Politik scheint sich eine breite Front der säkularen Demokraten formiert zu haben, der die Hauptoppositionspartei, die Bildungselite an den Universitäten inklusive des Hochschulrats, die säkulare Justiz und die Staatselite einschließlich des Militärs angehören. Ihren medienwirksamsten Ausdruck fand diese Konfrontation zwischen Religiösen und Laizisten im April 2007 als in Istanbul, Ankara, Izmir und anderen Städten der Türkei Millionen auf die Straße gingen, darunter viele Frauen und Jugendliche, um gegen eine Islamisierung zu protestieren, die sie im Kopftuch der Gattin des Kandidaten für das Staatspräsidentenamt symbolisiert sahen. Jetzt, im Februar 2008, erleben diese Demonstrationen eine Neuauflage. Es geht darum, zu verhindern, daß das Kopftuchverbot für Studentinnen an den Universitäten fällt.

Diese Kurzstudie versucht darzulegen, daß dieses Bild, trotz seiner medialen Eindringlichkeit, irreführend ist. Sie will zeigen, daß es bei dieser Auseinandersetzung nicht um einen Streit zwischen dem Religionsstaat auf der einen und der Trennung von Staat und Religion auf der anderen Seite geht und daß Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Offenheit und kultureller Pluralismus nicht automatisch von denen hochgehalten werden, die für eine Zurückdrängung der Religion und einen oberflächlich europäisierten Lebensstil eintreten. Diese Kurzstudie warnt jedoch gleichzeitig davor, größere Freiheit für muslimische Lebensformen mit größerer Religionsfreiheit allgemein und mit mehr Liberalität generell gleichzusetzen, auch wenn sie von der Voraussetzung ausgeht, daß zwischen beiden Entwicklungen eine enge Beziehung besteht.

Um zu einer differenzierten und aktuellen politischen Analyse zu gelangen, sollen die im Parlament vertretenen politischen Parteien und ihr Haltung zur Religion und zu demokratischen Werten vorgestellt werden.

1. Parteien im Parlament

Die regierende *Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)* von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und Staatspräsident Abdullah Gül ist heute diejenige unter den größeren Parteien, in der muslimische Identität und Bindung der meisten Kader und vieler Wähler an die Religion eine ausgeprägte Rolle spielen.¹ Die Partei wurde erst im August 2001 gegründet. Sie entstand aus der

¹ So liegen die Werte für die regelmäßige Verrichtung des Ritualgebets und für die Einschätzung der eignen Frömmigkeit bei Wählern der AKP deutlich über dem Durchschnitt und weit höher als die für die Wähler der säkularisti-

Spaltung der Parteientradition um Necmettin Erbakan, den großen alten Mann des türkischen politischen Islams, und repräsentiert den Teil der Bewegung, der sich explizit von der Ideologie des Islamismus distanziert hat.² In ihrer Regierungszeit, die Ende 2002 begann, fiel eine Fülle demokratischer Reformen im Rahmen der EU-Anpassung, insbesondere in den Jahren 2003 und 2004, eine Neuausrichtung der türkischen Zypernpolitik, die sich in der Unterstützung des Annan-Plans manifestierte, und die Weigerung, die Türkei als Aufmarschgebiet für die US-amerikanisch-britische Invasion im Irak zu öffnen. Diese auf den ersten Blick unerwartete Ausrichtung der Politik einer Partei mit islamistischen Wurzeln erklärt sich einerseits aus dem vorangegangenen Scheitern eher radikaler Politik (sowohl hinsichtlich der Reaktion des politischen Establishments als auch hinsichtlich ihrer ausbleibenden Honorierung durch die Wähler) und andererseits aus einer langen Tradition der Kritik an einer flachen Politisierung der Religion durch der Partei nahestehende muslimische Intellektuelle.³

In seiner Gesamtheit hat all dies dazu geführt, im Ausland die Zweifel an einer hidden Agenda der AKP in Richtung Islamisierung der Türkei weitgehend zu zerstreuen. Nicht so, jedoch, in der Türkei, wo dieser Vorwurf so oft und gleichzeitig so beliebig erhoben wird, daß sich der Verdacht seiner Instrumentalisierung durch die alten Nomenklatura stellt, der das Militär, weite Teile der Justiz und der Bürokratie sowie die kemalistischen Bildungselite angehören. Dies zeigte sich erneut in der Zeit vor den jüngsten Parlamentswahlen vom 22. Juli 2007.

Der Wahl ging eine breite und Monate lang anhaltende Mobilisierung der sozial-national-kemalistischen und der extrem nationalistischen Opposition gegen die Regierung voraus. Sie richtete sich zuerst gegen die Wahl des ehemaligen Außenministers Abdullah Gül zum Staatspräsidenten durch das amtierende Parlament. Äußerer Anlaß war das Kopftuch von Frau Gül. Immer wieder aufflammenden Protesten sah sich die Regierung außerdem auf den Begräbnissen gefallener Soldaten gegenüber, auf denen ihr eine zu nachgiebige Kurdenpolitik und bisweilen gar die Spaltung des Vaterlandes vorgeworfen worden war. Letzteres insbesondere nachdem Regierungschef Erdoğan in Erklärungen die kurdische Identität neben die türkische gestellt und gefordert hatte, daß der gemeinsame Nenner der Bevölkerung nur die Staatsbürgerschaft der Republik Türkei und nicht ein ethnisch-türkischer Volksbegriff sein könne. Der Generalstab machte sich beide Kritikpunkte an der Regierung zu eigen und veröffentlichte am 27. April 2007 ein Memorandum zum Schutz des Laizismus, das mit den Warnung endete: "Jeder, der sich gegen die Worte unserer Republikgründers, des großen Führers Atatürk, wendet (die da lauten, GS) 'Glücklich, wer sich Türke

schen CHP. Vgl. İstanbul'un seçmen profili (Profil der Istanbuler Wähler) Analyse von Burhan Şenatalar (heute Universität Bilgi) et al, Serie in der liberalen Tageszeitung Radikal vom 10. bis 12. April 2004, hier 11. April 2004.

² Vgl. dazu und zur später genannten Glückseligkeitspartei (SP): Günter Seufert: The changing role of Islam in the interior politics of the Turkish Republic, in: L.A. Tramontin (ed.): East is East and West is West?, Ergon, Beirut 2006, S. 101-121 und Ahmet Yıldız: From 'welfare' to 'justice and development' in: Ümit Cizre (ed.): Secular and Islamic politics in Turkey, Routledge, Abingdon 2008, S. 41-61.

³ Vgl. zu innerislamischen Diskussion Günter Seufert: Demokratie als islamisches Konzept, www.qantara.de, Januar 2007.

nennt', der ist und bleibt ein Feind der Republik Türkei".⁴ Diese enge Verbindung von religiösen und säkularen Tabus auf der einen und einem ethnisch-türkischen Nations- und Gesellschaftsverständnis, die im Hintergrund der Kritik an der AKP steht, kennzeichnet - da sei bereits jetzt angemerkt - die Basis der offiziellen Ideologie und der politischen Kultur des Landes.

Trotz der beeindruckenden Koalition aus Oppositionsparteien und Nomenklatura und trotz der Schwere der Anwürfe, die sie erhob, hat die AKP die letzten Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 mit 46,6 % der Stimmen gewonnen und hat seit dieser Wahl 341 der 550 Sitze des Parlaments inne. In den vorhergegangenen allgemeinen Wahlen vom November 2002 war die AKP auf 43,3 % der Stimmen gekommen und verbesserte so nach fünfeinhalb Jahren Alleinregierung ihr Ergebnis um 35 relative und 12 absolute Prozentpunkte. Nach aktuellen Meinungsumfragen findet die Politik der AKP heute die Unterstützung von 56 % der Bevölkerung.⁵

Ganz im Gegenteil zu der Rüge, sie öffne der Spaltung des Landes Tür und Tor, ist die Partei heute die einzige, die relativ gleichmäßig in fast allen Landesteilen und Provinzen Unterstützung findet und deshalb die einzige Organisation, die jenseits des Staatsapparats das Land politisch zusammenhält. Sie wurde in 68 der 81 Provinzen des Landes zur stärksten Kraft. Ihre laizistische Widersacherin, die CHP, wurde nur in sechs Provinzen stärkste Partei, die alle in den entwickelten Regionen Ostthraziens und der Ägäis liegen. Die Kandidaten der prokurdischen DTP waren in fünf Provinzen, die alle im unterentwickelten Südosten des Landes liegen, erfolgreicher als ihre Konkurrenten, und die extrem nationalistische MHP wurde Siegerin nur in zwei Provinzen, die beide durch den Konflikt zwischen "kurdischen Binnenmigranten" und "türkischen Alteingesessenen" gekennzeichnet sind.⁶ Damit ist die CHP in Zentral- und Ostanatolien politisch bedeutungslos geworden, und ganz ähnlich ergeht es der DTP außerhalb des originären kurdischen Siedlungsgebiets. Noch wichtiger jedoch ist, daß die AKP in den vorwiegend kurdischen Siedlungsgebieten die Vorherrschaft der DTP (der nicht ohne Grund eine Nähe zur PKK unterstellt wird) brechen konnte. Die AKP errang in Ostanatolien 56 und in Südostanatolien 52 % der Stimmen. Die Kandidaten der DTP, die zur Umgehung der landesweiten Zehn-Prozent-Hürde für Parteien als Unabhängige antraten, erhielten in Ostanatolien nur 17 und in Südostanatolien nur 26 % der Stimmen.⁷

Die alte islamistische Linie, von der sich die AKP abspaltete, wird heute durch die *Glückseligkeitspartei* (SP) unter Recai Kutan vertreten. Die Partei, deren Galionsfigur nach wie vor Necmettin Erbakan ist, ist nicht im Parlament vertreten. Bei der letzten Wahl erhielt sie 2,3 % der Stimmen (2002: 2,5 %) und zementierte damit ihre politische Bedeutungslosigkeit. Ihr Schrumpfungsprozeß hat außerdem zu einer ideologischen Retardierung geführt, dazu, daß die

⁴ Veröffentlicht auf der Website des Generalstabs, zitiert nach Radikal vom 28. April 2007.

⁵ Wert der IPSOS KMG-Gruppe, zitiert nach Radikal vom 27. Januar 2007.

⁶ Karte in der gemäßigt liberalen Tageszeitung Milliyet vom 23. Juli 2007.

⁷ Bei den vorhergehenden Wahlen im November 2002 hatte die Vorgängerin der DTP, die in der selben politischen Tradition stehende DeHaP, in diesen Regionen noch 25 bzw. 33 % der Stimmen erhalten, Radikal vom 8. November 2007.

Partei heute erneut eine krude Mischung aus Islamismus, Traditionalismus, Etatismus und Antisemitismus vertritt, die in den Erfolgsjahren dieser Bewegung (die Zeit der Wohlfahrtspartei, RP, Mitte bis Ende der 90er Jahre) ansatzweise überwunden schien.⁸ Reden macht die SP heute von sich nur insoweit, als sie punktuelle Aktionseinheiten mit radikal kemalistischen und radikal nationalistischen Gruppen schließt, die auf gemeinsamen Feindbildern ruhen wie 'dem westlichen Imperialismus', dem 'jüdischen Zionismus' und 'der Globalisierung'.⁹

Die Opposition gegen die AKP wird von der *Volkspartei der Republik* (CHP) unter Deniz Baykal angeführt. Die CHP ist die Partei der Nomenklatura und vertritt die offizielle Ideologie, den Kemalismus, wobei auf den ersten Blick die religionsferne Seite dieser Ideologie bei der CHP im Vordergrund zu stehen scheint. Die CHP hat sowohl bei den Wahlen von 2002 als auch bei denen von 2007 ihre politische Mobilisierung ausschließlich auf den "Schutz de Laizismus" und die Verhinderung der "Hervorbringung neuer Minderheiten" gegründet. Was den letzten Punkt betrifft, opponierte die CHP heftig gegen die Hinterfragung der ethnisch-türkischen Dimensionen des Staatsbürgerschaftsbegriffs und gegen die Trennung der ethnischen Kategorie "türkisch" (Türk) von der politischen Kategorie "Staatsbürger der Türkei" (Türkiyeli), die den ethnisch-nationalistischen Diskurs schwächen und Subidentitäten leichter lebbar machen würde. Sie wendet sich außerdem gegen jede Verbesserung des Rechtsstatus' der nichtmuslimischen, insbesondere der christlichen Gemeinden. Das heißt, sie will den Laizismus (verstanden als die Zurückdrängung des Islams) unter anderem dadurch bewahren, daß sie für die Aufrechterhaltung einer religiös homogenen, nämlich muslimischen, türkischen Nation eintritt.¹⁰ In der strikten Haltung der CHP gegen die Erfüllung des Vertrags von Lausanne (1923), der den nichtmuslimischen Minderheiten weitgehende Freiheiten einräumt, trifft sich die CHP mit der MHP. Beide bezeichnen Verbesserungen in dieser Hinsicht als "Verrat" am Vaterland.¹¹ Im Vergleich zur Wahl von 2002, in der sie 19,4 % der Stimmen erhalten hatte, stagnierte die CHP nach fast fünf Jahren als Hauptoppositionspartei bei der Wahl 2007 mit 20,8 % der Stimmen. Im Vorfeld der Wahl des Staatspräsidenten im Mai 2007 hat ihr Vorsitzender nur wenig verblümt mit dem Eingreifen des Militärs gedroht und sich demzufolge auch nicht gegen das Memorandum der Generäle gewandt. Wahlanalysen zeich-

⁸ Alle diese ideologischen Orientierungen finden sich in der programmatischen Rede des Ehrenvorsitzenden Necmettin Erbakan zur Wahl mit dem Titel: Bunlar şer güçlerin hizmetçisidir (Sie [die AKPler] sind Diener böser Kräfte), in der Erbakan im Hinblick auf die Zypernfrage und die EU die Position des Militärs vertritt und für die Kurdenfrage, die Teuerung und alle anderen Übel der Türkei die Juden verantwortlich macht. Zitiert nach der Parteizeitung Millî Gazete vom 19. Juli 2007.

⁹ Vgl. zu dieser scheckigen Koalition: Martin Riexinger: Eine völlig unabhängige Türkei: Historische Standortbestimmung, Leit- und Feindbilder des zeitgenössischen türkischen Linksnationalismus, Manuskript, Göttingen 2008.

¹⁰ Vgl. Baskın Oran (Universität Ankara): CHP'nin tutum dinci bir tutum (Die Haltung der CHP ist religiös bestimmt), Radikal 2. Oktober 2006.

¹¹ Vgl. für die CHP Radikal vom 22. September 2006 und für die MHP ihr Parteiorgan Ortadoğu vom 7. Februar 2008.

nen die CHP als Partei der Oberschicht, der Bürokratie und Teilen der Wirtschaft, die - trotz bisweilen sozialdemokratischer Rhetorik- bei den unteren Schichten keine Zustimmung findet.¹²

Die *Partei der Nationalistischen Bewegung* (MHP) wird wegen ihrer zur Gewalt neigenden Jugendorganisation, den sogenannten Grauen Wölfen und wegen türkistischer Anklänge in ihrer Propaganda als rechtsextrem eingestuft. Wesentlicher jedoch ist, daß die MHP die Gründungsideologie der Republik in einer aggressiven und unnachgiebigen Weise vertritt. Die Synthese von sunnitisch-muslimischer und ethnisch-türkischer Identität und die dazugehörige Negierung anderer ethnischer und religiöser Subidentitäten so wie die Wahrnehmung des Westens als Bedrohung für den türkischen Staat sind bei ihr am stärksten ausgeprägt. Diese Synthese von ethnischem Türkentum und muslimischer Identität brachte die MHP vor 1980 mit dem Motto "Wir sind so türkisch wie der Götter-Berg (in Mittelasien, die mythische Heimat der Türken) und so islamisch wie der Hira-Berg (wo Mohammed seine Offenbarung empfing) zum Ausdruck. Als "Türkisch-Islamische Synthese" bestimmt diese Orientierung seit dem letzten Putsch offiziell die Bildungs- und Kulturpolitik der Republik Türkei, auch wenn die offene Propagierung der muslimischen Identität der türkischen Nation seit dem 28. Februar 1997 zurückgefahren worden ist.¹³ Die MHP weist den politischen Islam wegen seiner internationalistischen und sozial-revolutionären Dimensionen zurück und favorisiert statt dessen ein türkisches Muslimentum, das seinen Ausdruck in der Verherrlichung des Staates und seiner Armee, in extrem konservativer Geschlechtermoral und dem dazugehörigen Männerbildern findet. Im vorhergehenden Parlament war die Partei nicht vertreten, konnte jedoch bei den letzten Wahlen die Stimmen anderer rechter Parteien auf sich ziehen und ihr Ergebnis von 8,3 % auf 14,3 % verbessern.

Aktuelle politische Konflikte und Religion: Struktur und Dynamik der türkischen Politik

Vor dem Hintergrund dieser Bewertung der parteipolitischen Akteure und ihrer Stellung zu aktuellen Konflikten im Zusammenhang mit Religion lassen sich die Struktur des politischen Systems in der Türkei und seine Dynamik gut analysieren. Den Schlüssel dazu liefert die Politik der MHP, bei der religiöses und nationales Sentiment und Verherrlichung des starken Staates bündeln.

Im Streit um die Wahl des Staatspräsidenten schlug sich die MHP auf die Seite der Opposition, welche die Wahl Abdullah Güls (und jedes anderen AKP-Angehörigen) bedingungslos ablehnte. Das Kopftuch von Güls Frau erlaubte eine breite Gegenmobilisierung, doch ging es primär darum, der AKP neben der Regierung und der Mehrheit im Parlament, nicht auch noch das Staatspräsidentenamt zu überlassen. Denn in der Türkei ist der Staatspräsident die Schaltstelle zwischen der

¹² Vgl. dazu die Analyse des CHP-Politik von Tanju Tosun (Universität Ege) in der regierungsnahen Tageszeitung *Yeni Şafak* vom 25. Juli 2007. Vgl. zum Wählerverhalten unter dem Aspekt der sozialen Schicht die Analyse für die Stadt Antalya in *Milliyet* vom 30. Juli 2007.

¹³ Vgl. zur Türkisch-Islamischen Synthese: Günter Seufert: *Politischer Islam in der Türkei*, Stuttgart 1999, S. 182-191. Am 28. Februar 1997 begann das Militär Necmettin Erbakan aus dem Amt des Ministerpräsidenten zu drängen und leitete eine Abschwächung der muslimischen Dimension dieser Synthese ein.

Regierung und dem Staat, in seinem Zentrum das Militär.¹⁴ Der Staatspräsident sitzt nicht nur dem Nationalen Sicherheitsrat vor, er ernennt auch alle Rektoren der Universitäten, den Vorsitzenden des Hochschulrats und alle höheren Beamten. Darüber hinaus kann er das Gesetzgebungsverfahren sehr nachhaltig blockieren.

Die Opposition gegen Gül war deshalb primär Opposition gegen die Ausweitung der Macht des Parlaments (und der Parteien die es tragen) gegen den Staatsapparat, seine Bürokratie, das Militär und die Nomenklatura. Um eine solche 'Schwächung des Staates' zu verhindern, stellte sich die MHP gegen die AKP obwohl ihre Wählerschaft ebenso auf eine Lösung des Kopftuchproblems an den Universitäten hofft und die MHP ihren Wählern versprochen hatte, eine Lösung des Problems zu erreichen. Die MHP vermied es jedoch, sich an den sogenannten 'Republikdemonstrationen' zu beteiligen, auf denen das Kopftuch mit der religiösen Reaktion gleichgesetzt wurde und konzentrierte sich dagegen auf die nicht vaterländische Haltung der AKP.

Der Sieg der AKP zeigte, daß absolute Herrschaft 'des Staates' über Regierung und Parlament unterhalb eines Staatsstreiches nicht zu haben ist und Parteien, die sich offen in den Dienst 'des Staates' stellen, vom Wähler nicht ausreichend unterstützt werden. Die MHP änderte deshalb ihre Taktik. Um - wie ihr Führer Devlet Bahçeli sagte - der AKP den Wind aus den Segeln zu nehmen ermöglichte über ihre Teilnahme am Wahlvorgang die Wahl Abdullah Güls zum Staatspräsidenten.

Auch beim aktuellen Konflikt um das Kopftuch an den Universitäten spielt die MHP eine Schlüsselrolle. Die AKP-Führung beabsichtige, das Kopftuchproblem im Rahmen einer neuen, liberaleren Verfassung zu lösen, die unter anderem die Kompetenzen des Staatspräsidenten beschneiden, den Haushalt des Militärs parlamentarischer Kontrolle unterstellen und die ideologische Begrenzung des Regierungshandelns durch die Verfassung zumindest teilweise aufheben sollte. Um eine solche neue Verfassung zu verhindern¹⁵, preschte die MHP vor, bot der AKP eine sofortige Verfassungsänderung zur Lösung des Kopftuchproblems an den Universitäten an, und zwang auf diese Weise die AKP in eine frühe und begrenzte Verfassungsänderung. Die Lösung der Kopftuchfrage über eine Änderung der bestehenden Verfassung mit Hilfe der MHP soll einerseits innerhalb der AKP die Motivation für eine neue Verfassung dämpfen und andererseits die Unterstützung liberaler Kreise für die AKP vermindern.

Das heißt, um die Vormundschaft 'des Staates' über Regierung und Parlament aufrechtzuerhalten, werden den religiös gebundenen Kreisen Zugeständnisse gemacht und gleichzeitig wird im Namen des Laizismus eine neue Massenbewegung gegen die AKP mobilisiert, die einen vorsichtigen Umbau des Staates einleiten will.

¹⁴ Der liberale Jurist Prof. Ergun Özbudun, der im Auftrag der AKP einen ersten Entwurf für eine neue Verfassung ausarbeitete spricht sogar von einer im Namen des Militärs ausgeübten "Vormundschaft" des Staatspräsidenten über das Parlament, Interview in Radikal vom 6. August 2007. Apologetisch zum selben Thema der dem Militär nahestehende Journalist Mehmet Ali Kışlalı: Gül ders almalı (Gül soll sich die Lehren [der früheren Präsidenten] zu Herzen nehmen), Radikal vom 14. August 2007.

¹⁵ So der MHP-Abgeordnete Tunca Toskay, Radikal vom 3. Februar 2008.

Die AKP ihrerseits zeigt, daß sie in erster Linie muslimisch-konservativ und erst in zweiter Linie liberal ist und daß sie die Ausweitung demokratischer Möglichkeiten zuerst zur Geltendmachung *der* Moralität und *der* konservativen Haltungen im öffentlichen Raum nutzt, die im Volke anzutreffen sind. Damit wird jedoch gleichzeitig die Tür zur Berücksichtigung des Volkswillens ein ganzes Stück geöffnet, was die Voraussetzung für weitere Demokratisierung ist.¹⁶

Demokratisierung und Stärkung des Islams

Der Charakter der AKP-Politik die Liberalisierung primär zur Zulassung des religiösen Sentiments in der Bevölkerung forciert, zeigt sich auch in der Auseinandersetzung um den verpflichtenden Religionsunterricht, der offizielle "Religionskultur und Ethikwissen" heißt, aber im Grunde die Schüler zum sunnitischen Islam hanafitischer Prägung führt.¹⁷ Im Oktober letzten Jahres hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einer Klage alewitischer¹⁸ Eltern auf Befreiung ihrer Tochter vom Religionsunterricht stattgegeben und den Unterricht als einseitig, unkritisch und die Überzeugungen der Eltern negierend eingestuft.¹⁹ Die Regierung nutzt diese Situation nicht dazu, wie Liberale fordern, den obligatorischen Religionsunterricht abzuschaffen und ihn - wie das vor dem Putsch von 1980 der Fall war – erneut fakultativ zu machen, Sie hält am obligatorischen Unterricht fest, den sie zu einer reinen Religionskunde umgestalten will. Darüber hinaus plant sie, konfessionellen Unterricht einzuführen, der fakultativ sein soll.²⁰ Sie kommt damit einer alten Forderung breiter Schichten der Bevölkerung nach, welche islamische Glaubenswahrheiten und Kultvorschriften in der Schule vermittelt sehen will.²¹ Das Argument für mehr Freiheit und Pluralität wird (auch/primär) dazu genutzt, der stärksten religio-kulturellen Strömung in der Bevölkerung, dem sunnitischen Islam, mehr Freiraum zu ermöglichen.

Ganz ähnlich scheint die Regierung beim Komplex Freiheit für zivilgesellschaftliche organisierte religiöse Gruppen vorgehen zu wollen. In der Türkei, wo die sunnitische Religion unter Aufsicht und Anleitung der staatlichen Religionsbehörde (Diyanet İşleri Başkanlığı) gelebt und ausgeübt wird, sind die islamischen Orden (tarikats) offiziell genauso verboten wie Zusammenschlüsse der Alewiten im Namen der Religion. Und auch, daß die christlichen Kirchen rechtlich nicht als 'Kirchen', sondern nur als Stiftungen (vakıf) zur Verwaltung von Immobilienbesitz existieren, gehört

¹⁶ In diesem Sinne auch Murat Belge (Universität Bilgi) in einem langen Interview in der liberalen Zeitung Taraf vom 28.-29. Januar 2008.

¹⁷ Recep Kaymakcam (Universität Sakarya): Yeni ortaöğretim Din Kültürü ve Ahlak Bilgisi değerlendirme raporu (Bewertung des Unterrichts in Religionskultur und Ethikwissen), Sabancı Ü., Istanbul 2007.

¹⁸ Muslimische Minderheit in der Türkei, circa 15 Millionen.

¹⁹ European Court of Human Rights, Application No. 1448/48, Judgement.

²⁰ Yeni anaysada iki din dersi var (Zweierlei Religionsunterricht in der neuen Verfassung, Radikal vom 4. Februar 2008).

²¹ 82,1 % der Bevölkerung wollen einen verpflichtenden Religionsunterricht in staatlichen Schulen und 85,5 % wollen, daß in diesem Religionsunterricht auch die Kultvorschriften gelehrt werden. A. Çarkoğlu und B. Toprak: Değişen Türkiye'de din, toplum ve siyaset, TESEV, Istanbul 2006.

in dieses Bild. Die AKP läßt sich jetzt erstmals auf einen Dialog mit den Alewiten ein und erkennt damit praktisch alewitische Religionsgemeinden an.²² Dies wird früher oder später zur Frage führen, ob das Verbot der sunnitischen Orden aufrechterhalten werden kann.²³

Befürchtungen, dies führe zu einer graduellen Islamisierung des Landes und damit zu einer Gefährdung der ohnehin fragilen türkischen Demokratie, gilt es mit folgenden Verweisen zu relativieren.

1. Sowohl die distanzierte Haltung der AKP zum autoritär bürokratischen Staat als auch dessen immer noch gegebener stark laizistischer Charakter läßt eine Islamisierung von oben, mit den Mitteln des Staates unwahrscheinlich erschienen. Dies jedoch wäre die Voraussetzung für eine Unterdrückung europäischer Lebensformen.
2. In der Geschichte der Republik Türkei gingen Demokratisierung und faktische Ausweitung der politischen Partizipation (von der Elite auf die Masse der Bevölkerung, von Ankara in die Provinz, und auch vom (türkischen) Westen zum (kurdischen) Südosten immer auch mit einer größeren Sichtbarkeit des Islams (und anderer Subidentitäten) einher. Daß beim Übergang von der Militärherrschaft zur Demokratie 1983 keine Partei mit proreligiöser Rhetorik auf der politischen Bühne vertreten war, solche Parteien heute jedoch fast 50 % der Wählerstimmen erhalten²⁴, geht eben nicht mit einer Begrenzung, sondern mit einer Ausweitung der demokratischen Freiheiten einher. Dies setzt sich heute fort, und wenn man die prokurdische DTP einen Augenblick außer Acht läßt, kann man sagen, die AKP bietet, (s. o.) den einzigen politischen Kanal für die Integration der Kurden in das bestehende politische System der Türkei.
3. Die AKP ist außerdem noch immer die Partei, die am stärksten an der Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union festhält.²⁵ Zwar ist die Zustimmung zur EU in der Türkei, die früher bei über 70 Prozent lag jetzt auf circa 50 Prozent gefallen, doch liegt sie damit immer noch höher als beispielsweise in Kroatien.²⁶ In Umfragen optieren die Wähler der AKP trotz ihrer religiösen Orientierung stärker für die Mitgliedschaft des Landes in der EU als die aller anderen Par-

²² Daß das Vorgehen der AKP innerhalb der Alewiten heftig umstritten ist, ändert an diesem Sachverhalt nichts. Vgl. zur Diskussion um die Alewiten im öffentlichen Raum: Elise Massicard: Claiming difference in an unitarist frame, in Hans-Lukas Kieser (ed.): Turkey beyond nationalism, I.B. Tauris, London 2006, S. 74-82.

²³ Diese Diskussion bereits begonnen hat der konservative Intellektuelle Avni Özgürel in der Tageszeitung Radikal, vgl. seinen Beitrag vom 28. November 2007.

²⁴ Sezgin Tüzün: Seçmen Haritası (Wähler-Landkarte), Serie in der Radikal vom 29. Juli bis 1. August 2008.

²⁵ Der neue Außenminister Ali Babacan hat eine neue Kraftanstrengung zur Erfüllung der EU-Forderungen angekündigt: 2008 AB yılı olacak (2008 wird das Jahr der EU), Interview in der EU-Monatszeitschrift Kriter 2/2008, S. 10-17.

²⁶ Eurobarometer Dezember 2007, Türkei: 49 Prozent, Kroatien 43 Prozent, zitiert nach der religiös-liberalen Zaman vom 22. Dezember 2007.

teien (außer denen der prokurdischen DTP) und befürworten am nachhaltigsten die wirtschaftliche Öffnung der Türkei.²⁷

4. Innerhalb des religiös-konservativen Spektrums, hat eine Differenzierung stattgefunden und im größeren Teil dieses Spektrums findet heute eine Amalgamierung vom modernen Werten wie Individualismus, Pluralität, Heterogenität und Gleichheit der Geschlechter mit islamischen Auffassungen statt, und nur eine Minderheit versteht ihre Religion und ihre Identität noch ausschließlich in Ablehnung signifikanter Anderer wie 'der Westen', 'Europa', 'Atheisten' und 'Ungläubige'.²⁸

5. Innerhalb der muslimischen Intelligenz und Kulturszene setzen sich zunehmend kultureller Produktion, z. Bsp. Romane, durch die Individualität und die Bereitschaft Unterschiedlichkeit anerkennen.²⁹

6. In der Türkei haben heute nicht nur Parteien, die einen politischen Islam vertreten, keine Zulauf mehr, sondern auch Kernforderungen von Islamisten stoßen auf wenig Sympathie. So lag bereits im Jahr 2000 die Zustimmung zu Fragen wie der Polygynie, dem islamischen Scheidungsrecht (Verstoßung der Frau durch den Mann) und Benachteiligung der weiblichen Nachkommen im Erbrecht nur zwischen 11 und 14 Prozent.³⁰

All dies verweist auf eine Ausdifferenzierung, Mäßigung und relative Liberalität des explizit religiösen Spektrums und darauf, daß in Bezug auf die klassischen Forderungen des Islamismus wenig Unterstützung vorhanden ist.

Sorge bereitet dagegen ein unduldsamer Nationalismus, der sich jedoch sowohl im säkularistischen als auch im religiös-konservativen Teil der Bevölkerung bemerkbar macht.³¹ Er richtet sich nicht nur gegen Nichtmuslime, sondern auch gegen 'die Kurden' und 'ihre Forderungen', und er nimmt die Europäische Union nicht mehr wie früher die Islamisten als "Christenclub" wahr, sondern als eine Erscheinungsform des "westlichen Imperialismus".

²⁷ Vgl. zur EU-Orientierung die Ergebnisse des Survey on the perception of the Turkish Society about European values, Ari-Movement, Istanbul 2006, S. 3-5. Vgl. für Zustimmung zur wirtschaftlicher Öffnung: Bekir Ağırdir: Seçmen röntgeni (Durchleuchtung der Wählerschaft), Serie in der Radikal vom 25. bis 28. Juni 2007.

²⁸ Vgl. die Studie von Ali Bayramoğlu: Çağdaşlık hurafe kaldırmaz: demokratikleşme sürecinde dindar ve laikler, TESEV, Istanbul 2006.

²⁹ Günter Seufert & Zafer Şenocak: Auklärung mit der Sprache der Religion? in: Lydia Hausteine et. al (Hg.) Modell Türkei?, Wallstein, Göttingen 2006, S. 28-50.

³⁰ A. Çarkoğlu und B. Toprak: Türkiye'de din, toplum ve siyaset, TESEV, Istanbul 2000.

³¹ Vgl. dazu: A. Çarkoğlu und B. Toprak: Değişen Türkiye'de din, toplum ve siyaset, TESEV, Istanbul 2007 und (Yılmaz Esmer): Türkiye yabancılarından korkan mutlu ülke (Die Türkei ein glückliches Land, das sich vor Fremden fürchtet), [Neueste Umfrageergebnisse zur Xenophobie in der Türkei], Radikal vom 8. Februar 2008.

Dr. Günter Seufert lebt als Journalist und Autor in Istanbul. Von 2004 bis 2007 unterrichtete er als Visiting Associate Professor an der Cyprus University, Nicosia. Er ist Mitinitiator des Analyse- und Kulturbüros TiE (www.turkeyineurope.de).